

Entschließungsantrag **der Gruppe der PDS**

zu der vereinbarten Debatte zur aktuellen Lage im Irak

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zuspitzung des Konflikts am Persischen Golf droht auf einen Krieg hinauszulaufen. Eine Militärintervention ist durch keinen Beschluß des Sicherheitsrats der VN legitimiert. Sie wäre damit völkerrechtswidrig. Sie würde ohnehin keine dauerhafte Lösung hervorbringen. Leidtragend wäre einmal mehr die irakische Zivilbevölkerung.

Die mittelbare oder unmittelbare, auch die logistische Unterstützung einer Militärintervention durch die Bundesrepublik Deutschland, ist ohne entsprechende Beschlüsse des VN-Sicherheitsrates, eines kollektiven Sicherheitssystems und des Deutschen Bundestages grundgesetzwidrig.

Verantwortlich für die neuerliche Eskalation ist nicht allein die unnachgiebige Haltung der irakischen Regierung, sondern auch die Politik der USA gegenüber dem Irak. Jüngere Entwicklungen haben gezeigt, daß es Verhandlungslösungen geben könnte, die natürlich die ungehinderte Durchführung der Waffeninspektionen einschließen müssen – Kompromisse, ohne das irakische Volk weiter zu demütigen. Doch der Eindruck verfestigt sich, daß die USA Kompromißlösungen nicht wollen. Sie legen es vor allem darauf an, ein Exempel zu statuieren. Ihr Ziel ist die bedingungslose Unterwerfung des Irak. Diese Politik erreicht das Gegenteil dessen, was sie zu erreichen vorgibt: Sie stärkt den Rückhalt der irakischen Diktatur innerhalb der Bevölkerung, statt ihn zu schwächen. Sie stärkt darüber hinaus die Radikalisierung im gesamten arabischen Raum. Gemeinsam mit den europäischen Partnern gilt es, ein Gegengewicht zu dieser Politik herzustellen.

Der Deutsche Bundestag lehnt deshalb den Einsatz militärischer Gewalt in der gegenwärtigen Golfkrise ab.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- a) klarzustellen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, an Militäraktionen beteiligen wird,
- b) solche Initiativen zu unterstützen bzw. zu unternehmen, die eine Lösung des Konflikts auf diplomatischem Wege zu erreichen suchen,
- c) die französischen und russischen Bemühungen zu unterstützen, um einer friedlichen Lösung den Weg zu ebnen.

Bonn, den 11. Februar 1998

Dr. Gregor Gysi und Gruppe